

Die andere MEINUNG

Ursula Goldmann-Posch
Gründerin der Patientinnenvereinigung „Mamazone e.V.“ zu: „Fazit zum ersten deutschen Mammografiekongress in Berlin“.



Wenn es um die Brüste von Frauen geht, breitet sich nicht nur Lust, sondern manchmal auch Frust aus. Letzteres gilt zumindest für den Bereich der damit befassten medizinischen Fachgesellschaften. Denn auf keinem Gebiet in der Onkologie wird so viel gestritten und gerungen, gibt es so viele Einzelinteressen wie beim Marktsegment Brustheilkunde und Brustkrebs.

als Angebot vieler Krankenkassen zur Selbstuntersuchung der Brust, steht außer Frage. Dass das Brust-Screening made in Germany auch Mängel mit Spätfolgen aufweist, ist zu beklagen.

Wenn es um unsere Brustgesundheit geht, dürfen wir Frauen uns nicht mit zweitklassiger Qualität zufriedengeben. Denn es geht nicht nur um unsere Brüste, sondern auch um unser Leben. Da kann das Beste nur gut genug sein. Dieses Früherkennungsprogramm hat nicht das, was wir uns davon versprochen haben: So wird die Vielfalt der modernen diagnostischen Möglichkeiten zur Brustkrebs-Früherkennung als

Kein Grund zum Jubeln

flächendeckendes Früherkennungsprogramm gestrickt, das in diesem Sommer in Deutschland umgesetzt sein wird; nämlich die Erziehung, dass alle Frauen zwischen 50 und 69 Jahren in diesem Land alle zwei Jahre zu einer vorsorglichen Mammographie eingeladen werden. Unsere Schwesternländer in Europa hatten zu diesem Zeitpunkt das so genannte Mammographie-Screening schon längst eingeführt und entdecken gegenwärtig gerade die ersten Leistungsgrenzen und Kinderkrankheiten. Dass diese Form der Früherkennung besser ist als die „Späterkennungs“-Seminare von Brustkrebs mit dem trügerischen Namen „Sicher fühlen“ (aber fälschlicher- und fatalerweise nicht sicher sein)

Folge des bundesweiten Screening-Programms immer mehr ausgehebelt und damit verbunden - die universitäre Forschung auf diesen Gebieten. Frauen unter 50 Jahren müssen künftig bei ihrem Frauenarzt einen Verdacht vorantreiben, um eine Früherkennungs-Mammographie zu bekommen.

Die Prävention hat hier noch einen gehörigen Nachholbedarf. Sie muss anerkennen, dass wir im Zeitalter der Individualisierung von Krebs, aber auch seiner frühen molekularen Erkennung leben. Und entsprechend persönlich und intelligent sollte auch das sein, was die Gesundheitspolitik vollmundig „Prävention“ nennt, ohne freilich das Wesen von effizienter und innovativer Vorbeugung bisher wirklich verstanden zu haben.



DREI AN...

Juliette de Grandpré
WWF-Expertin für Energie und Kohlenstoffmärkte

-Von Leif Rullhusen-

Am Ende bezahlt der Verbraucher

! Eine aktuelle WWF-Studie kommt zu dem Ergebnis, dass insbesondere deutsche Stromversorger vom EU-Emissionshandel profitieren. Wie funktioniert dieser Handel mit Emissionsrechten?

den Strompreis um. Weil der deutsche Markt liberalisiert ist, können die Unternehmen dies tun, ohne dass der Staat eingreift. Das bedeutet, am Ende zahlt der Verbraucher den verpassten Klimaschutz der Stromversorger. Aus diesem Grund dürfen die Emissionszertifikate nicht kostenlos vergeben werden.

! Wie kann das eigentliche Ziel, eine nachhaltige und sparsame Energieproduktion, erreicht werden?

! Eine wichtige Bedeutung hat die Auktionsierung der Emissionsrechte: Nur so erhält CO₂ einen realen Wert und die Unternehmen haben einen Anreiz, ihre Emissionen zu reduzieren. Um wirklich nachhaltig und sauber Energie zu produzieren, müssen wir in der Zukunft von Kohle auf andere Brennstoffe umsteigen. Endgas ist beispielsweise eine CO₂-ärmere Alternative. Außerdem spielt Strom aus erneuerbaren Energien - Wind- und Wasserkraft, Solar - zunehmend eine Rolle im Energiemix.

! Warum profitieren gerade deutsche Stromversorger davon?
! Die deutschen Stromversorger erhalten die Rechte zur kostenlosen von der EU, legen sie aber trotzdem auf

Kandidiert Köhler noch einmal?

Immer mehr Hinweise auf zweite Amtszeit

BERLIN. Bundespräsident Horst Köhler hat sich angeblich zur Kandidatur für eine zweite Amtszeit entschlossen. Das will die „Bild“-Zeitung aus Regierungs- und Parteikreisen erfahren haben. Köhlers Sprecher Martin Köthé sagte dazu gestern in Berlin: „Von einer Entscheidung ist nichts bekannt.“ Der 65-Jährige könnte auf jeden Fall mit einer breiten Unterstützung rechnen, so auch von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die Kanzlerin hat der „Welt am Sonntag“ zufolge erstmals deutlich zu erkennen gegeben, dass sie eine Kandidatur von Köhler unterstützen würde. „Ich hoffe, dass diese Aussage, die wir erwarten, so von ihm jetzt auch kommt“, wurde Merkel von Teilnehmer der Landesgruppenvorsitzenden der CDU im Bundestag zitiert. „Sie hat aber gesagt, sie befindet



BUNDESPRÄSIDENT Horst Köhler.

TELEGRAMM

Hillary tot

DUBLIN. Der frühere irische Staatspräsident Patrick Hillery ist gestern im Alter von 84 Jahren gestorben. Dies gab die irische Regierung in Dublin bekannt. Hillery war von 1951 bis 1973 Abgeordneter der Partei Fianna Fail und wirkte als Minister in vier Ressorts. 1976 wurde der studierte Mediziner zum Staatspräsidenten ernannt. 1983 wurde seine Amtszeit um weitere sieben Jahre verlängert. Hillery starb nach kurzer Krankheit.

„Dinge ordnen“

WIESBADEN. Der hessische Ministerpräsident Roland Koch ist allen Spekulationen entgegen getreten, er könne sich aus der Politik zurückziehen. Auf einem Festakt zu seinem 50. Geburtstag sagte der CDU-Politiker gestern in Wiesbaden, dieser Tag sei für ihn kein Anlass Bilanzen zu ziehen: „Ich will, dass wir diese Dinge in Hessen in Ordnung bringen.“ Zugleich warb der hessische Ministerpräsident für eine stärkere Wahrnehmung von Umweltthemen durch die CDU.

Anschlag

KANDAHAR. Ein Selbstmordattentäter hat gestern im Südwesten Afghanistans zwei Menschen mit in den Tod gerissen. Der Mann sprengte sich an einer Straßenbastei in die Luft, wie der Gouverneur der Provinz Nimroz, Ghulam Dastagir, sagte. Bei den Toten handelt es sich seien Angaben zufolge um einen indischen Bauingenieur und dessen afghanischen Fahrer. Acht weitere Menschen wurden verletzt.

de sich noch in Gesprächen“, hieß es aus der Runde.

Köhler hatte bereits angekündigt, er werde etwa ein Jahr vor dem Wahltermin am 23. Mai 2009 bekannt geben, ob er wieder kandidiert. Seine Wiederwahl hatten bereits zahlreiche Ministerpräsidenten von CSU und CDU befürwortet: Günther Beckstein, Roland Koch, Günther Oettinger, Peter Müller, Dieter Althaus und Georg Milbradt.

„Ich würde mich über eine positive Äußerung freuen“, sagte auch der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Peter Harry Carstensen gestern.

Als erste Bundestagsfraktion hatte sich die FDP am 7. April auf eine Wiederwahl Köhlers festgelegt. SPD-Chef Kurt Beck hatte sich noch zurückgehalten und erklärt, die SPD werde im Herbst 2008 über die Frage beraten.

Der frühere Staatssekretär im Bundesfinanzministerium und Chef des Internationalen Währungsfonds übernahm das höchste Staatsamt am 1. Juli 2004 von seinem Vorgänger Johannes Rau. Der Bundespräsident wird alle fünf Jahre gewählt. Die Bundesversammlung setzt sich je zur Hälfte aus den Mitgliedern des Bundestages und von den Landtagen bestimmten Delegationen zusammen. Eine einmalige Wiederwahl ist möglich.

Zur Zeit haben CDU/CSU und FDP nur eine hauchdünne Mehrheit in der Bundesversammlung, die bei der Landtagswahl in Bayern im Herbst noch verloren gehen könnte.



Der spanische Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero (l.) ist darauf stellte der sozialistische Politiker sein Kabinett vor, dem neun Frauen und acht Männer angehören. Zum ersten Mal in der Geschichte Spaniens wird das Verteidigungsressort von einer Ministerin geleitet, der 37-jährigen Carme Chacón. Das jüngste Mitglied der Regierung ist mit 31 Jahren die Ministerin für Gleichstellung, Bibiana Aído. Seinen Amtszeit auf die Verfassung legte Zapatero vor König Juan Carlos und Königin Sofia ab (Bild).

Schutz für Kinder in Darfur gefordert

Protestaktion mit vielen Prominenten

LONDON. Prominente Schauspieler und Kinderbuchautoren haben die internationale Gemeinschaft gestern zu mehr Engagement für die Kinder in der sudanesischen Krisenregion Darfur aufgefordert. An der Kampagne beteiligten sich unter anderem „Harry Potter“-Schöpferin Joanne K. Rowling und die Schauspieler Matt Damon und Thandie Newton. „Die Welt muss aufwachen“, heißt es in einem offenen Brief zum fünften Jahrestag der Darfur-Krise. Viele Kinder in der su-

danesischen Provinz erlebten in diesen Wochen ihren fünften Geburtstag, ohne jemals Frieden kennengelernt zu haben, erklärten die Unterzeichner. Am Nachmittag war eine Protestveranstaltung vor der sudanesischen Botschaft in London geplant. An einer heutigen Demonstration wollen auch mehrere britische Abgeordnete teilnehmen.

Damon erklärte, nach dem Völkermord in Ruanda „haben wir alle gesagt 'nie wieder'“. Heute müsse dieses „nie wieder“ endlich Realität werden, und die Weltöffentlichkeit müsse Schutz für diejenigen fordern, die am verletzlichsten seien.

KURZ NOTIERT

Mbeki: Keine Krise

HARARE. Trotz der angespannten Lage in Simbabwe hält sich der südafrikanische Präsident Thabo Mbeki nach wie vor mit Kritik an Staatschef Robert Mugabe zurück. „Es gibt keine Krise in Simbabwe“, sagte Mbeki gestern nach einem Gespräch mit Mugabe in Harare. Von dort aus reiste er nach Lusaka weiter, wo ein Krisengipfel zur Lage in Simbabwe stattfindet. Mugabe selbst nimmt nicht an dem Treffen teil, zu dem mindestens zehn Staats- und Regierungschefs des südlichen Afrikas erwartet werden.

Gabriel aggressiv

BERLIN. Bundesumweltminister Sigmund Gabriel hat den Gegnern neuer Kohlekraftwerke vorgeworfen, die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands aufs Spiel zu setzen. „Es geht um das Zentrum unserer Industriegesellschaft“, sagte der SPD-Politiker dem „Spiegel“. Mit ihrem Widerstand gegen jegliche neue Kohlekraftwerke leisteten Umweltverbände längeren Laufzeiten von Atomkraftwerken Vorschub. Dass SPD-Politiker sich dem Widerstand anschließen, richte sich „gegen die Stahl- und Autoarbeiter, die unter höheren Strompreisen leiden würden“.



Der designierte taiwanische Vizepräsident Vincent Siew (links) ist gestern zu einem als historisch gewerteten Treffen mit dem chinesischen Präsidenten Hu Jintao (rechts) zusammenkommen. Der chinesische Präsident erklärte, bei dem Treffen gehe es in erster Linie um wirtschaftliche Beziehungen. Siews Besuch galt als ein wichtiger Test für die Beziehungen zwischen Taiwan und China unter der Regierung des künftigen taiwanischen Präsidenten Ma Ying-jeou.

Exrebellen liegen nach Wahl vorn

Nepal: Auszählung dauert noch Wochen

KATHMANDU. Bei der Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung in Nepal liegen die früheren maoistischen Rebellen ersten Teilergebnissen zufolge in Führung. Sie gewannen zwölf von 22 Wahlbezirken, in denen die Auszählung der Stimmen bis gestern abgeschlossen war. Drei dieser Mandate errangen maoistische Minister in der Koalitionsregierung. Der ehemalige Rebellenführer Prachanda sicherte sich nach Angaben der Wahlkommission ein Mandat in der Hauptstadt Kathmandu.

In 61 weiteren Bezirken, in denen die Auszählung noch im Gang war, lagen die Exrebellen ebenfalls vorn. Bis die Ergebnisse der Wahl vom

Donnerstag aus allen 240 Bezirken vorliegen, dauert es vermutlich mehrere Wochen, da einige der 20000 Wahllokale sieben Tagesmärsche von der nächsten Straße entfernt liegen.

Jeweils vier der bislang ausgezählten Wahlbezirke gingen der Wahlkommission zufolge an den Nepali Congress und die Kommunistische Partei, CPN. Eine kleine Partei, die Arbeiter- und Bauernpartei, gewann zwei Mandate. Die Maoisten zeigten sich gestern siegesicher. „Wir werden beim Endergebnis eine deutliche Mehrheit haben“, erklärte die Ministerin Hishia Yami. „Die Menschen haben uns gewählt, damit wir das Land führen.“

Es waren die ersten landesweiten Wahlen in Nepal seit neun Jahren.

FRAGE DER WOCHE

Ist die Erhöhung der Renten sinnvoll?

Die Bundesregierung hat die umstrittene außerplanmäßige Rentenerhöhung beschlossen. Damit können die 20 Millionen Rentner ab 1. Juli rund 1,1 Prozent mehr Geld erwarten. Der Zuschlag fällt gut doppelt so hoch aus wie zunächst vorgesehen. Auch 2009 sollen die Rentner mehr bekommen, als überhaupt nach der aktuellen Rechtslage möglich ist. Während die einen von einer unabsehbaren Kostenexplosion sprechen und die Erhöhung als nicht finanzierbar ablehnen, geht die Ausstockung anderen nicht weit genug - im Endeffekt blieben nicht viel mehr als ein paar Euro zusätzlich in der Tasche der Rentner. Wie fragen Sie: Halten Sie die Erhöhung der Renten für sinnvoll? Oder gehen die Mehrausgaben zu Lasten derjenigen, die heute die Beiträge zahlen? Lässt sich die Gerechtigkeit zwischen den Generationen noch aufrechterhalten? Schreiben Sie Ihre Meinung an: Kreiszeitung, Stichwort „Frage der Woche“, Am Risteder Weg 17, 28857 Syke; per Fax: 04242/58332; oder per E-Mail: frage@kreiszeitung.de. Zuschriften mit Namen und Anschrift. Einsendeschluss ist Dienstag.